



FUTURE
FORUM
EUROPE

EUROPA 2020
DIE SICHT
DEUTSCHER
UNTERNEHMEN

Repräsentative Studie
durchgeführt von forsa
Oktober 2020

Deutsche Unternehmen unterstützen europäische Klimaschutzmaßnahmen - auch in Zeiten der Krise

Trotz einer der größten globalen Wirtschafts- und Gesundheitskrisen unterstützen die befragten deutschen Unternehmen größtenteils die angestrebten Maßnahmen der Europäischen Union für mehr Klimaschutz. Eine Mehrheit der Unternehmen spricht sich für Investitionen in den Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien aus. Trotzdem hält es eine knappe Mehrheit für eher unrealistisch, dass Europa bis 2050 klimaneutral sein wird. Zuversichtlich sind die Unternehmen mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands trotz ambitionierter europäischer Klimaschutzprogramme. Fast kein Unternehmen plant, eigene Standorte ins außereuropäische Ausland zu verlagern. Mehr als ein Drittel sieht jedoch Kernenergie für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit als unverzichtbar an. Die Befragung zeigt: Deutsche Unternehmen stehen hinter den Klimaschutzmaßnahmen und fordern dafür mehr finanzielle Unterstützung durch die EU.

Europa am Wendepunkt

Die diesjährige Studie von EY, der DGAP und dem Wuppertal Institut zur „Zukunft Europas aus Sicht großer deutscher Unternehmen“¹ hat sich mit den Auswirkungen und Einschätzungen des europäischen Klimaschutzprogramms „European Green Deal“ beschäftigt.

Mitten in der schwersten Wirtschafts- und Gesundheitskrise der jüngeren Geschichte bekennen sich deutsche Unternehmen zur Europäischen Union (EU) und deren Klimaschutzzielen. Der Schock des Frühjahrs 2020 scheint dennoch tief zu sitzen, als nationales Krisenmanagement, kurzfristige Grenzsicherungen und Exportkontrollen im Binnenmarkt sowie fehlende Solidarität mit denen von der Corona-Krise am stärksten betroffenen Ländern die Fragilität der europäischen Integration aufgezeigt haben. So bleiben aus Sicht der Unternehmen auch der fehlende Zusammenhalt in der EU und die nationalen Egoismen einzelner Mitgliedstaaten eine zentrale Herausforderung. Die Unternehmen sprechen sich deutlich dafür aus, Finanzzahlungen an Mitgliedstaaten mit deren Einhaltung rechtsstaatlicher Standards zu verknüpfen.

Insgesamt werden hohe Erwartungen an die nationale und europäische Politik gestellt, und bei der Umsetzung der Klimaziele wird Unterstützung eingefordert. Eine große Mehrheit hält eine starke Ausrichtung staatlicher Konjunkturprogramme auf nationaler und europäischer Ebene auf Klimaschutzinvestitionen für richtig. Gleichwohl ist die Einschätzung bezüglich der Erreichbarkeit des Ziels, bis 2050 in der EU klimaneutral zu werden, ambivalent. Deutlich mehr als die Hälfte der Unternehmen beschäftigt sich bereits mit den Auswirkungen der europäischen Klimaziele auf ihr eigenes Unternehmen. Die Gestaltung ambitionierter langfristiger Klimaziele ist daher in der unternehmerischen Praxis angekommen, und die Auswirkungen einer Umstellung des Wirtschaftssystems auf das eigene Unternehmen werden von mehr Unternehmen eher positiv als negativ gesehen. Positive Wirkungen werden in noch stärkerem Maß für Deutschland insgesamt

erwartet und gründen nicht zuletzt auf steigenden Exportchancen auf den global wachsenden Klimaschutzmärkten.

Die Erwartungen der Unternehmen sind insgesamt mehrheitlich positiv. Chancen und „First Mover“-Vorteile werden erkannt und Unternehmensabwanderungen ins außereuropäische Ausland werden nicht erwartet. Die meisten Unternehmen rechnen damit, dass die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA eher gestärkt und gegenüber China eher geschwächt wird. Der Rückhalt für den Ansatz, eine Erholung aus der Krise gesamt-europäisch und nachhaltig zu gestalten, um langfristig unumgängliche Transformationsprozesse frühzeitig einzuleiten und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen aufrechtzuhalten, ist groß. Für richtig gehalten wird mit großer Mehrheit dabei vor allem die weitere Förderung erneuerbarer Energien als zentraler Klimaschutztechnologie. Förderprogramme erhalten dabei insgesamt deutlich mehr Zustimmung als hohe CO₂-Preise oder Strafzahlungen. Große Zustimmung gibt es zur Einführung einer CO₂-Grenzsteuer, trotz der möglichen Gegenreaktionen etwa durch die USA. Aus technologischer Sicht wird Erdgas eine wichtige Brückenfunktion zugesprochen. Davon kann man auch in Bezug auf die Kreislaufwirtschaft ausgehen, wobei fast zwei Drittel der Unternehmen für sich formulieren, die Ziele der EU zur Kreislaufwirtschaft umsetzen zu können.

Die Ergebnisse der Studie müssen unter Berücksichtigung des Befragungszeitraums vom 30. Juli bis 3. September 2020 eingeordnet werden. Die zweite Infektionswelle, die Nachjustierung der europäischen Klimaziele, die Klimaagenda Joe Bidens und die Ankündigung Chinas, bis 2060 klimaneutral zu werden, hätten sicherlich Einfluss auf die Einschätzung der befragten Unternehmen gehabt, ohne dabei jedoch die grundsätzlich aufgeschlossene Haltung deutscher Unternehmen gegenüber der EU und den angestrebten Maßnahmen zum Klimaschutz infrage zu stellen.

¹ Für die repräsentative Befragung wurden insgesamt 400 private Unternehmen mit mindestens 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Sitz in Deutschland auf Basis einer Zufallsauswahl (Basis Unternehmensdatenbank Hoppenstedt) ausgewählt. Die Datenerhebung wurde mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. In den Unternehmen wurden jeweils Führungskräfte befragt.

Corona ist die größte Herausforderung für Europa

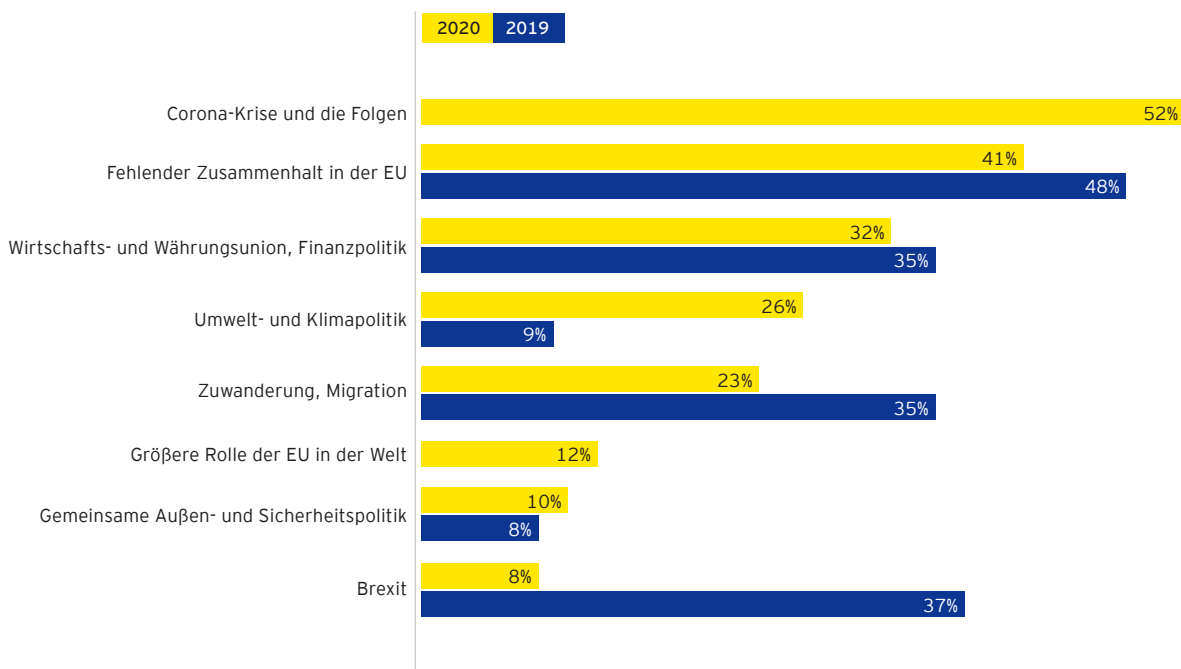
Auf die offene Frage nach den größten Herausforderungen für die Europäische Union nennen die meisten deutschen Unternehmen (52%) die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. In der letztjährigen Erhebung noch an erster Stelle genannt, sehen weiterhin zahlreiche Unternehmen (41%) den fehlenden Zusammenhalt in der EU sowie nationale Egoismen, als große Herausforderung für die Union. Gründe dürften in diesem Zusammenhang die schwierigen Verhandlungen zum Wiederaufbaufonds, zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU, die dort sichtbare Fragmentierung sowie die zunehmend autokratische Politik einiger Mitgliedstaaten sein. Der Brexit tritt angesichts dieser Entwicklung bereits in den Hintergrund (8%, statt 37% im Jahr 2019).

Die Risiken im Funktionieren und Zusammenhalt der Wirtschafts- und Währungsunion sowie in der Finanzpolitik werden von einem knappen Drittel der

Befragten genannt (32%). Besonders die Umwelt- und Klimapolitik hat im Zuge des ambitionierten Klimaschutzprogramms der EU und durch massiv gesteigerte öffentliche Wahrnehmung auch innerhalb deutscher Unternehmen anscheinend deutlich an Bedeutung gewonnen (26%).

Als neue Herausforderung wird von einigen der Unternehmen in diesem Jahr die Position der EU in der Weltpolitik, insbesondere gegenüber den USA und China, genannt (12%). Dies trägt dem wachsenden Wettbewerb zwischen den USA und China sowie dem Druck, der auf Europa ausgeübt wird, sich klar zu positionieren, Rechnung. Ähnlich viele nennen darüber hinaus die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU – ein Thema, das im Jahr 2020 durch die zunehmende Anzahl von Krisen in der Nachbarschaft auf die europäische Agenda gerückt ist.

Frage: „Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die drei größten Herausforderungen für die EU?“²

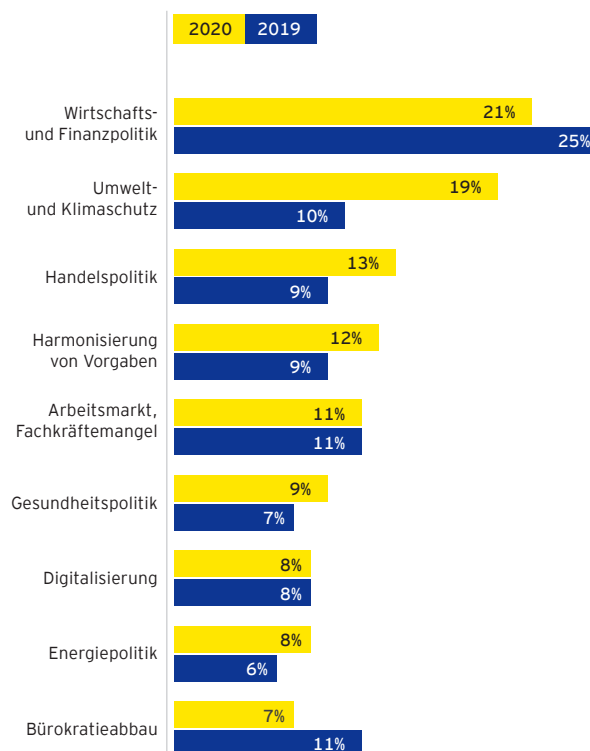


² Mehrfachnennungen waren möglich

Aktivere Wirtschafts- und Klimapolitik gewünscht

Auch bei der ebenfalls offen gestellten Frage, auf welchen – auch für das eigene Unternehmen relevanten – Handlungsfeldern die EU künftig stärker politisch aktiv werden sollte, werden von den befragten Unternehmensvertretern Wirtschafts- und Finanzpolitik (21%) wie auch Umwelt- und Klimaschutz (19%) am häufigsten genannt. Mit den beschlossenen Maßnahmenpaketen aus Finanzhilfen und Klimaschutzmaßnahmen und erstmalig gemeinsam aufgenommenen Schulden, haben die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission dieser Einschätzung in Teilen Folge geleistet. Insgesamt zeigen die Unternehmen die Weitsicht, nicht vollendete Integrationsprojekte auf EU-Ebene – wie den Binnenmarkt – zu stärken, und bringen ihren Bedarf nach einem produktiven, innovationsfördernden und möglichst berechenbaren Umfeld, inklusive eines europäischen Finanzmarktes zum Ausdruck. Trotz der Corona-Krise wird die – nicht in EU-Kompetenz fallende – Gesundheitspolitik von den Unternehmen nicht als relevantes Handlungsfeld für die EU gesehen (9%).

Frage: „In welchen Themenbereichen bzw. Handlungsfeldern, die auch für Ihr Unternehmen wichtig sind, sollte die Europäische Union Ihrer Meinung nach künftig stärker politisch aktiv werden?“³“

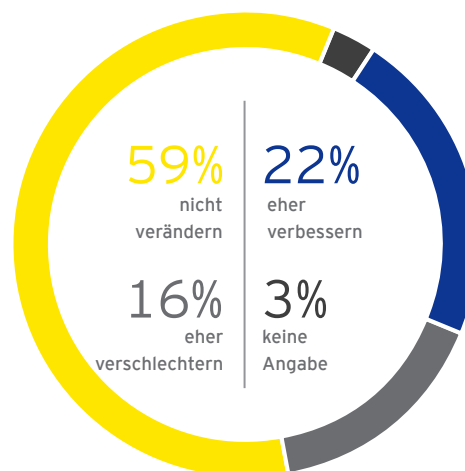


Trotz Corona: Unternehmen verhalten optimistisch

Corona zum Trotz rechnet rund ein Fünftel (22%) der Befragten mit verbesserten Wachstumschancen für ihr Unternehmen. Der im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Wert (+5%) und die geringe Einschätzung einer Verschlechterung (16%) können als Indikatoren für das Vertrauen in die eigene Krisenresilienz sowie in die Maßnahmen zur Krisenbewältigung der Bundesregierung und EU gewertet werden. Die meisten befragten deutschen Unternehmen (59%) erwarten keine Veränderung ihrer Wachstumschancen. Es ist anzunehmen, dass die Einschätzung der Unternehmen mit dem Andauern der Gesundheits- und Wirtschaftskrise und auch unter dem Eindruck der steigenden Infektionszahlen im September 2020 pessimistischer wird.

Frage: „Werden sich die Wachstumschancen für Ihr Unternehmen in der EU in den kommenden zwölf Monaten Ihrer Einschätzung nach eher verbessern, eher verschlechtern oder nicht verändern?“

Die Wachstumschancen für Ihr Unternehmen in der EU werden sich in den kommenden zwölf Monaten für das Unternehmen

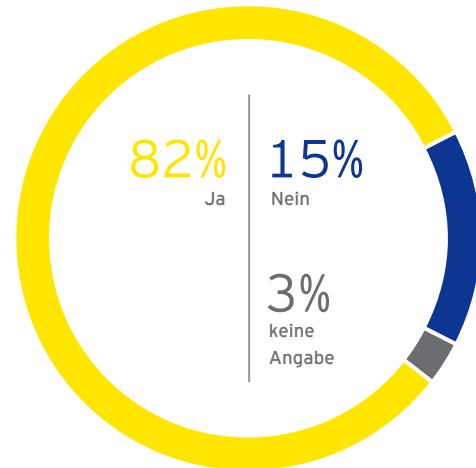


³ Mehrfachnennungen waren möglich

Mehr Geld für Klimaschutz hilft auf dem Weg aus der Krise

Die befragten deutschen Unternehmen unterstützen mit überwältigender Mehrheit (82%) die Ausrichtung europäischer Wiederaufbaufonds hin zu mehr Investitionen in den Klimaschutz. Der geringe Anteil an Unternehmen, die diese Maßnahmen nicht befürworten (15%), deutet auf ein gestärktes Bewusstsein für die Notwendigkeit von und die ökonomischen Chancen durch Klimaschutzinvestitionen hin. Unternehmen scheinen erkannt zu haben, dass eine wirtschaftliche Erholung nachhaltig gestaltet werden sollte, um Innovationen zu fördern und langfristig notwendige Transformationsprozesse einzuleiten. Allen voran die geplanten Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und Klimazölle zum Schutz vor außereuropäischer Konkurrenz, kommen auch der deutschen Exportwirtschaft zugute und tragen vermutlich zu der großen Zustimmung der Unternehmen bei.

Staatliche Investitionen in den Klimaschutz sind richtig und hilfreich beim Weg aus der Krise

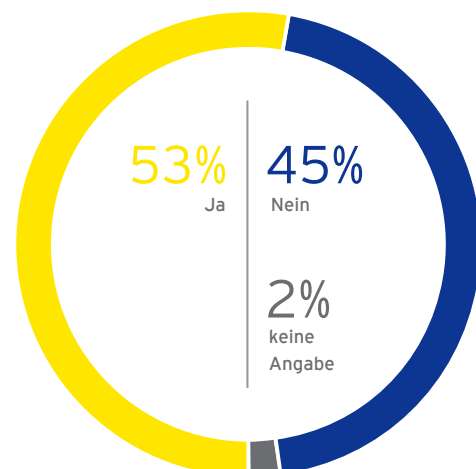


Frage: „Vor der Corona-Krise und auch jetzt wieder wird in der Öffentlichkeit viel über das Thema Klimaschutz diskutiert. Zahlreiche staatliche Förderprogramme für die Wirtschaft sowie auch das europäische Recovery-Programm setzen dabei auf Investitionen in den Klimaschutz. Halten Sie diese Ausrichtung aus Sicht Ihres Unternehmens für richtig und hilfreich beim Weg aus der Krise?“

Unternehmen planen mit Klimaschutzprogrammen

Ungeachtet davon, für wie realistisch sie die Pläne halten, hat sich über die Hälfte der befragten Unternehmen (53%) bereits mit den möglichen Auswirkungen des geplanten Klimaschutzprogramms der EU auf ihr Unternehmen beschäftigt. 45% der Unternehmen haben dies bislang noch nicht getan.

Das Unternehmen hat sich mit den Auswirkungen von geplanten EU-Klimaschutzprogrammen beschäftigt



Erneut sind es vor allem Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe sowie große Unternehmen, die sich relativ häufiger damit beschäftigen als kleinere Unternehmen. Auch hier gilt die Vermutung, dass ein späterer Erhebungszeitpunkt die Einschätzung verändert hätte, da die Debatte über die Auswirkungen des EU-Klimaschutzprogramms auf Unternehmen nach der Anpassung der Ziele durch die EU-Kommission an Brisanz gewonnen hat.

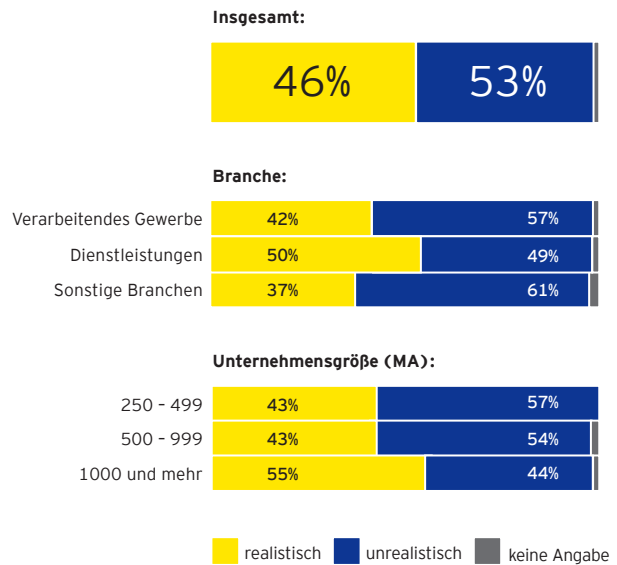
Frage: „Haben Sie sich in Ihrem Unternehmen bereits damit beschäftigt, welche Auswirkungen sich aus dem geplanten Klimaschutzprogramm der EU für Ihr Unternehmen ergeben könnten, oder bislang noch nicht?“

Knappe Mehrheit hält Klimaneutralität für unrealistisch

Bereits vor der Corona-Krise hat die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm vorgelegt. Dieses Programm sieht vor, dass Europa bis 2050 als erster Kontinent treibhausgasneutral wird, das heißt der Ausstoß an Treibhausgasen so weit wie möglich vermieden wird und nicht vermeidbare Emissionen gespeichert, bzw. dafür Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden. Dafür nötig ist ein kompletter Umbau von Industrie, Energieversorgung, Verkehr und Landwirtschaft. 46% der befragten Unternehmen halten das Ziel, Europa bis 2050 vollständig klimaneutral zu gestalten, für realistisch, etwas mehr jedoch (53%) für unrealistisch. Einschätzungsunterschiede haben mit der Größe der Unternehmen zu tun: Für realistisch halten dieses Ziel mehrheitlich lediglich die Großunternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Frage: „Halten Sie das Ziel, Europa bis 2050 vollständig klimaneutral zu gestalten, grundsätzlich für realistisch oder halten Sie das eher für unrealistisch?“

Europa ist bis 2050 vollständig klimaneutral

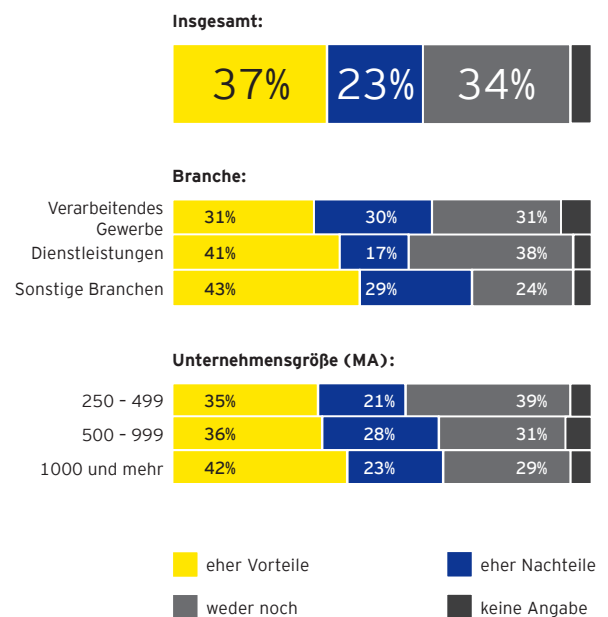


Unentschloßen über Auswirkung von Klimaneutralität

In der Bewertung der aus der Umstellung der europäischen Wirtschaft auf Klimaneutralität erwarteten Effekte für das jeweilige Unternehmen, ergibt sich kein eindeutiges Bild. Mit 37% der befragten Unternehmen erwartet ein signifikanter Anteil der befragten Unternehmen eher Vorteile. Andererseits gehen aber auch 23% eher von Nachteilen aus, während 34% weder Vor- noch Nachteile erwarten. Konsistent mit den zuvor skizzierten Beobachtungen werden Nachteile am ehesten von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes erwartet. Angesichts der Nachjustierung der Klimaziele durch die EU-Kommission ist zu erwarten, dass Unternehmen aufgrund der gestiegenen Ambition zu einer geänderten Einschätzung kommen könnten. Sie könnten ebenfalls politische Unterstützung bei der Umsetzung der Klimaziele zur Voraussetzung machen, z. B. bei der Markteinführung von Innovationen sowie bei der Sicherung europäischer Wettbewerbsfähigkeit durch Grenzausgleichsmaßnahmen.

Frage: „Nach allem, was Sie bisher darüber gehört oder gelesen haben: Erwarten Sie durch die geplante Umstellung der europäischen Wirtschaft auf Klimaneutralität für Ihr Unternehmen eher Vorteile, eher Nachteile oder weder Vor- noch Nachteile?“

Erwartungen zu den Auswirkungen von Klimaneutralität für das eigene Unternehmen



Klimaneutralität schwächt EU-Wirtschaft gegenüber China, aber stärkt sie gegenüber den USA

Die Frage, ob die europäische Wettbewerbsfähigkeit durch die Umstellung der Wirtschaft auf Klimaneutralität gegenüber China und den USA geschwächt wird, kann angesichts des andauernden Handelskonflikts beider Supermächte nicht separat betrachtet werden.

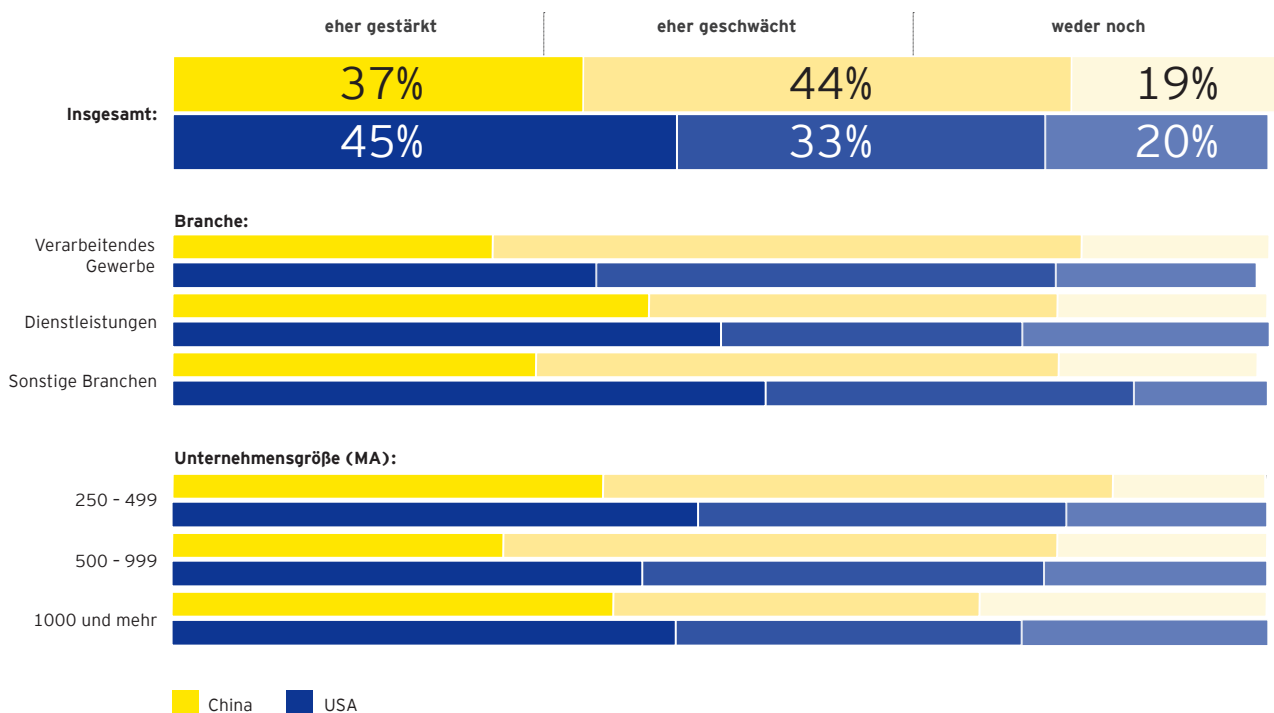
Die befragten Unternehmen bewerten die Situation gegenüber beiden Staaten unterschiedlich. Während Klimaneutralität die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China aus Sicht der meisten Unternehmen (44%) eher schwächt, erwarten lediglich 33% eine Schwächung gegenüber den USA. Die Mehrheit erwartet eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA (45%).

Die Diskrepanz lässt sich vermutlich in Teilen durch die unterschiedliche Wahrnehmung beider Länder in Europa erklären. Die USA könnten dabei innerhalb der Wirtschaft weiterhin eher als Partner, denn als wirtschaftlicher Rivale gesehen werden. Die kürzlich durch

die chinesische Regierung veröffentlichte Strategie, bis zum Jahr 2060 Klimaneutralität zu erreichen, dürfte diese Einschätzung verändern, sofern Unternehmen davon ausgehen, dass die Programme tatsächlich umgesetzt werden. Es bleibt abzuwarten, wie die Vorgabe schlussendlich in den neuen Fünf-Jahres-Plan einfließen und implementiert werden wird. Die US-Präsidentenwahl im November 2020 ist angesichts der höchst gegensätzlichen Positionen beider Kandidaten in der Klimaschutzpolitik, ebenso relevant für die europäische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA.

Eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit erwarten in beiden Fragen insbesondere die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sowie diejenigen, die von dem Klimaschutzprogramm für Deutschland eher Nachteile erwarten.

Frage: „Wird die europäische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China / USA durch den europäischen Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität eher gestärkt, eher geschwächt oder erwarten Sie keine größeren Folgen?“⁴



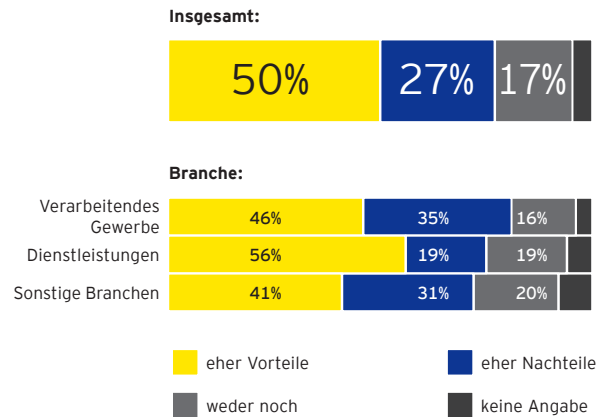
⁴ An 100% fehlende Angaben = „keine Angabe“

Deutschlands Wirtschaft profitiert vom Klimaschutz

Im Gegensatz zur Einschätzung für das eigene Unternehmen, fällt die Bewertung im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt wesentlich klarer aus. So erwarten für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt deutlich mehr Unternehmen (50%) eher Vorteile durch das neue Klimaschutzprogramm der EU als für das eigene Unternehmen. 27% gehen eher von Nachteilen für Deutschland aus. 17% erwarten weder Vor- noch Nachteile. Diese mehrheitliche Einschätzung wird von den Unternehmen aus allen Branchen sowie über alle Unternehmensgrößen hinweg geteilt.

Frage: „Und wenn Sie einmal an den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt denken: Expecten Sie durch das neue Klimaschutzprogramm der EU für den Wirtschaftsstandort Deutschland eher Vorteile, eher Nachteile oder weder Vor- noch Nachteile?“

Erwartungen zu den Auswirkungen von Klimaschutzprogrammen für den Wirtschaftsstandort Deutschland



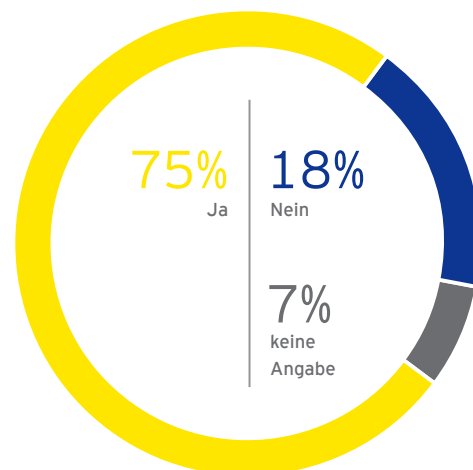
Klimaschutz ist eine Chance für deutsche Exporte

Von denjenigen, die eher Vorteile für Deutschland erwarten, erwarten die meisten (75%) zudem, dass sich durch das neue Klimaschutzprogramm der EU die Exportchancen für die deutsche Wirtschaft auf längere Sicht verbessern werden.

In der Gesamtschau ergibt sich aus den skizzierten Einschätzungen ein konsistentes Bild. Die befragten Unternehmen beurteilen die geplante Umstellung der europäischen Wirtschaft auf Klimaneutralität mehrheitlich als positiv für den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings sind sie gleichzeitig deutlich verhaltener bei der Einschätzung der Konsequenzen für das eigene Unternehmen. Insgesamt deutet dies darauf hin, dass die Unternehmen einen anspruchsvollen Strukturwandel- und Transformationsprozess erwarten, den die Politik der EU richtig adressiert, der aber auch erhebliche Risiken für die bestehenden Unternehmen in sich birgt.

Frage: „Und glauben Sie, dass sich durch das neue Klimaschutzprogramm der EU die Exportchancen für die deutsche Wirtschaft auf längere Sicht verbessern, oder glauben Sie das nicht?“

Die Exportchancen Deutschlands verbessern sich durch das neue Klimaschutzprogramm der EU

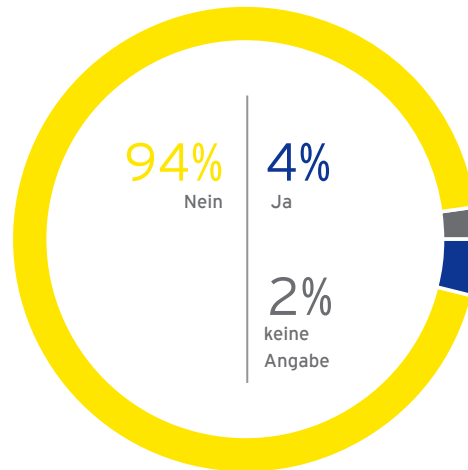


Deutsche Unternehmen bleiben in Europa

In nur sehr wenigen Unternehmen (4%) gibt es bislang Überlegungen, aufgrund des geplanten europäischen Klimaschutzprogramms einzelne Standorte in andere Länder außerhalb der EU zu verlagern.

Frage: „Gibt es in Ihrem Unternehmen Überlegungen, aufgrund des geplanten europäischen Klimaschutzprogramms einzelne Standorte in andere Länder außerhalb der EU zu verlagern, oder gibt es keine derartigen Überlegungen?“

Unternehmen verlegt Standorte aufgrund von Klimaschutzprogrammen in das außer-europäische Ausland

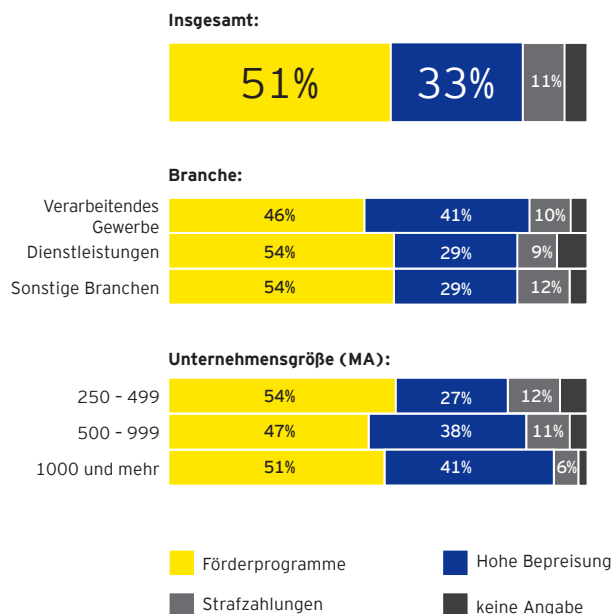


Förderung wird anderen Anreizsystemen vorgezogen

Bei der Frage nach den wirksamsten Maßnahmen für die Umsetzung von Klimaschutzzielen zeigt sich bei den Befragten eine klare Präferenz für positive Anreizsysteme (d. h. Förderprogramme zum Umbau der Produktion), während CO₂-Preissysteme und vor allem Strafzahlungen als weit weniger wirksam eingeschätzt werden. Dies ist insofern ein überraschendes Ergebnis, als dass sich das 2005 eingeführte europäische Emissionshandelssystem (Emissions Trading System, ETS) und die damit verbundene Bepreisung von CO₂ nach vorliegenden Analysen in Zeiten signifikant hoher Preise durchaus als wirksames Lenkungsinstrument erwiesen haben. Indirekt kann dies aus den Umfrageergebnissen möglicherweise auch abgelesen werden, da vom ETS vorrangig größere Unternehmen betroffen sind, die in der Umfrage der Bepreisung von CO₂ im Vergleich zu den kleinen Unternehmen eine höhere Wirkung zuweisen.

Frage: „Einmal unabhängig von Ihrem eigenen Unternehmen: Welche der folgenden Maßnahmen wäre aus Ihrer Sicht am wirksamsten, damit Unternehmen die notwendigen Anpassungen zur Umstellung auf Klimaneutralität auch tatsächlich umsetzen: A) Förderprogramme zum Umbau der Produktion; B) hohe Bepreisung von CO₂-Emissionen; C) Strafzahlungen für verfehlte Emissionsvorgaben?“

Die wirksamsten politischen Maßnahmen für die erfolgreiche Umstellung von Unternehmen auf Klimaneutralität

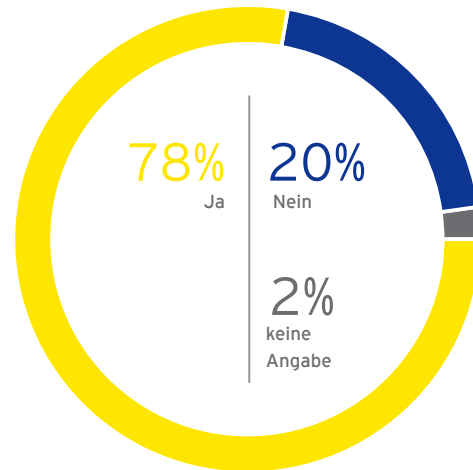


Mehr öffentliche Mittel für erneuerbare Energien

Der Ausbau erneuerbarer Energien wird mit breiter Mehrheit für eine Schlüsselstrategie für den Klimaschutz gehalten. Hintergrund für diese klare Haltung sind vermutlich die deutlichen Kostenreduktionen, die in den letzten Jahren bei vielen erneuerbaren Energien, vor allem aber bei der Solarenergie, erreicht werden konnten. Zudem konnten massive technologische Fortschritte erzielt werden, und es konnte nachgewiesen werden, dass die Systemstabilität auch bei hohen Anteilen erneuerbarer Energien nicht gefährdet ist, wenn entsprechende flankierende Maßnahmen getroffen werden. Der EU-Kommission kommt nach Einschätzung der Befragten weiter die Funktion zu, den weiteren Ausbauprozess zu unterstützen und zu befördern, nachdem staatliche Maßnahmen in zahlreichen Mitgliedstaaten die Marktdynamik erst in Gang gesetzt haben.

Frage: „Um die europäischen Klimaziele zu erreichen, plant die Europäische Kommission unter anderem, erneuerbare Energien noch stärker mit öffentlichen Mitteln zu fördern als bisher. Halten Sie das für richtig?“

Die EU-Kommission sollte erneuerbare Energien noch stärker mit öffentlichen Mitteln fördern als bisher

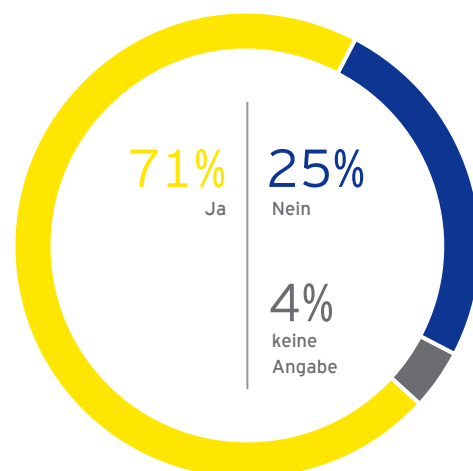


Unternehmen wollen Rolle der Elektromobilität überdenken

Die Beantwortung der Frage zeigt relativ klar, dass es im Verkehrsbereich keine Königstechnologie gibt und auch gerade die Elektromobilität mit kritischen Aspekten verbunden ist. Eine Verkürzung der Verkehrsdebatte auf den Klimaschutz (mit perspektivisch klaren Vorteilen bei der Elektromobilität) ist dabei ebenso wenig sinnvoll, wie eine Ablehnung der Elektromobilität aufgrund des Einsatzes kritischer Rohstoffe im Fertigungsprozess. Notwendig erscheint viel mehr eine intensive Diskussion über die Möglichkeit der Substitution von kritischen Materialien durch neue Batterietechnologien bzw. die Möglichkeit des Aufbaus von effizienten Recyclingstrukturen. Generalisiert man diesen Punkt, dann scheint eine ehrliche und offene Debatte über die Auswirkungen jeder Klimaschutztechnologie und das umsichtige Abwägen zwischen Vor- und Nachteilen von entscheidender Bedeutung zu sein.

Frage: „Vor dem Hintergrund politischer Unsicherheiten, prekärer Arbeitsbedingungen und den Umweltfolgen bei der Gewinnung von Kobalt und Lithium für Batterien von Elektroautos fordern manche, die Elektromobilität generell zu überdenken und stärker auf andere alternative Antriebsarten wie etwa Wasserstoff oder Erdgas zu setzen. Teilen Sie diese Ansicht oder ist die Elektromobilität die richtige Strategie für die Zukunft?“

Elektromobilität sollte überdacht und mehr auf alternative Antriebsarten gesetzt werden

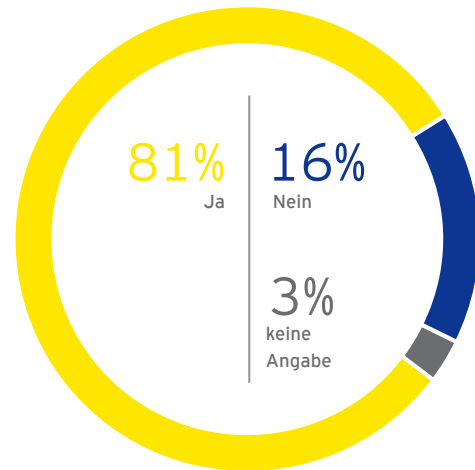


Große Mehrheit für CO2-Steuer

Die Zustimmung zu einer CO2-Grenzsteuer ist mit 81% der befragten Unternehmen sehr deutlich. Damit hat ein von der Europäischen Kommission und den Staats- und Regierungschefs befürwortetes Instrument, das sowohl Abwanderungen von Unternehmen ins außereuropäische Ausland bremsen als auch zur globalen Bearbeitung des Problems zu hoher CO2-Emissionen beitragen soll, sehr hohen Rückhalt in der deutschen Wirtschaft. Die Argumente von Kritikern, etwa dass ihre Einführung Handelskonflikte auslösen und erhebliche bürokratische Hürden mit sich bringen könnte, verfangen bei der Mehrheit derzeit wohl nicht.

Frage: „Die EU-Kommission will im Zusammenhang mit dem ‚Green Deal‘ eine CO2-Grenzsteuer (Carbon Border Tax) einführen. Die Steuer soll auf Importe von Produkten erhoben werden, wenn diese aus Ländern mit geringen Klimaschutzauflagen eingeführt werden. Dadurch soll die Verlagerung von CO2-intensiven Produktionsprozessen in diese Länder verhindert werden. Halten Sie eine solche Steuer generell für richtig oder nicht?“

Eine CO2-Steuer ist das richtige Instrument für Importe von Produkten mit geringen Klimaschutzauflagen

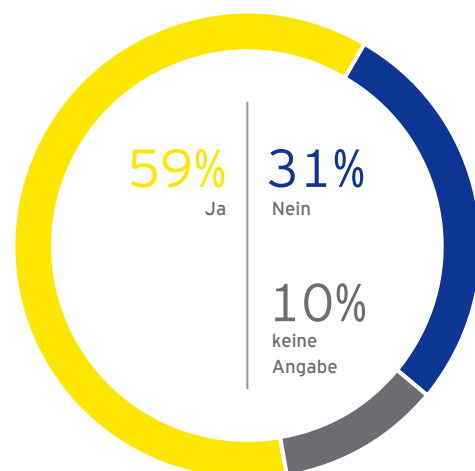


Trotz knapper Mittel: Kredite sollen Klimaschutz finanzieren

Die breite Zustimmung für kreditfinanzierte Klimaschutzprogramme spiegelt die Notwendigkeit des Handelns gut wider. Offensichtlich sind die Befragten mit breiter Mehrheit der Ansicht, dass trotz knapper öffentlicher Kassen Investitionen in den Klimaschutz zwingend erforderlich sind und kein Aufschub möglich ist, selbst wenn die Maßnahmen über Kredite finanziert werden müssen. Diese Einschätzung gilt quasi unabhängig von der Größe der Unternehmen, aus denen die Befragten stammen. Gedeckt wird diese Haltung durch zahlreiche Studien, die abschätzen, dass die Folgekosten (Ausgleich von Schäden, Anpassungsmaßnahmen) durch einen ungebremsten Klimawandel viel höher sein werden, als die Kosten für heute getätigte Klimaschutzmaßnahmen.

Frage: „Nach den Plänen der Europäischen Kommission soll die Europäische Investitionsbank einen Teil der Mittel, die für das neue Klimaprogramm der EU benötigt werden, über Anleihen bei den nationalen Förderbanken und auf dem Kreditmarkt finanzieren. Hinzu kommen Kredite, die die EU für Hilfsprogramme für einzelne EUStaaten nach der Corona-Krise braucht. Halten Sie eine solche Kreditfinanzierung des europäischen Klimaschutz- und Hilfsprogramms für richtig oder nicht?“

Das europäische Klimaschutz- und Hilfsprogramm sollte über Kredite finanziert werden



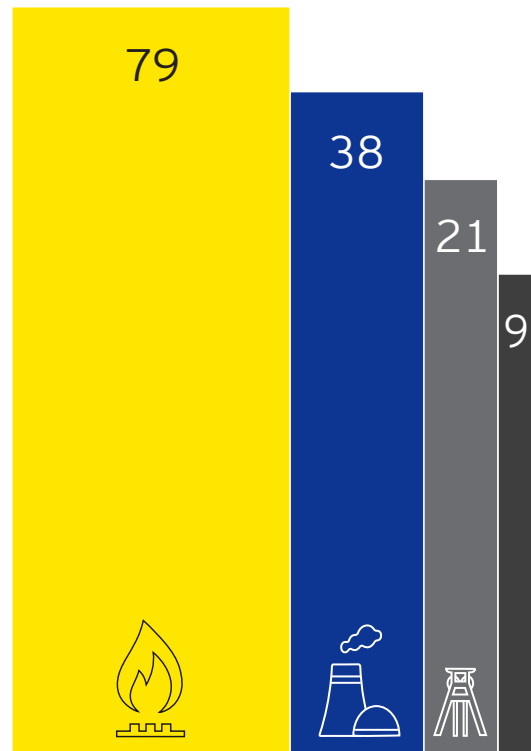
Mehrheit sieht Erdgas als unverzichtbar für Versorgungssicherheit an, über ein Drittel Kernenergie

Einerseits ist es für die Unternehmen ganz klar, dass Erdgas eine Brückenfunktion zugewiesen wird und Kohle im Energiemix vermutlich vor allem mit Blick auf die Klimaschutzziele für weniger bedeutsam gehalten wird. Andererseits überrascht mit mehr als einem Drittel der hohe Anteil der Befragten, der die Kernenergie für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa für weiter unverzichtbar hält. Mit Blick auf Deutschland ist dies überraschend, da schon in zwei Jahren der stufenweise Ausstieg aus der Kernenergie abgeschlossen sein wird. Vor diesem Hintergrund dürfte die Rolle der Kernenergie vor allem aus gesamteuropäischem Blickwinkel als relevant angesehen werden und die Erwartungshaltung spiegeln, dass Länder wie Frankreich mit einem heute sehr hohen Anteil an Kernkraftwerken in den nächsten 20 Jahren nicht auf diese verzichten werden können. Es könnte aber auch eine Rolle spielen, dass einige Mitgliedstaaten aktuelle Pläne haben, ganz neu in die Nutzung der Kernenergie einzusteigen, auch wenn dieses von vielen aus energiewirtschaftlicher Sicht für wenig sinnvoll eingeschätzt wird.

Frage: „Die erneuerbaren Energien wie Sonne, Windkraft oder Wasserkraft werden ausgebaut, können den Energiebedarf in Deutschland aber noch nicht decken. Welche der folgenden Energiearten ist Ihrer Meinung nach für die nächsten 20 Jahre unverzichtbar, um eine hohe Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa zu gewährleisten: A) Erdgas; B) Kernkraft; C) Kohle; D) nichts davon.“

Für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit brauchen Deutschland und Europa

Angaben in Prozent

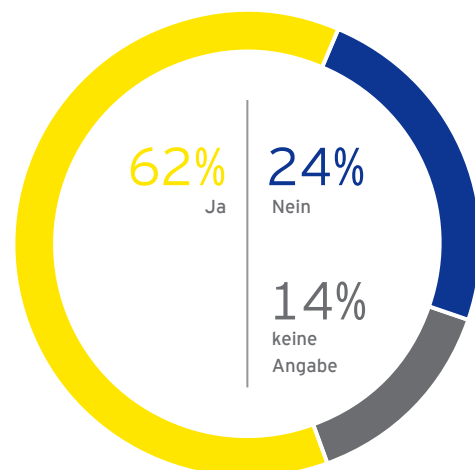


Deutsche Unternehmen können Kreislaufwirtschaft

Die Debatte zur Kreislaufwirtschaft hat im Kontext der Klimaschutztechnologien in den letzten Jahren möglicherweise den größten Sprung gemacht. Während sich viele Unternehmen lange nicht mit den Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft auseinandergesetzt haben und für sich keinen strategischen Zugang gefunden haben, sind jetzt mehr als 60% der Unternehmen der Meinung, dass diese für sie nicht nur relevant ist, sondern Wiederverwendungsgebote in den nächsten Jahren auch konkret in ihrem Kontext umgesetzt werden können.

Frage: „Die Europäische Union will die Unternehmen in Europa künftig zur Kreislaufwirtschaft verpflichten. Das heißt, dass Unternehmen künftig den Großteil der bei der Produktion eingesetzten Rohstoffe nach der Nutzung wiederverwenden müssen, statt sie zu verbrennen oder zu entsorgen. Wäre Ihr Unternehmen in der Lage, diese Vorgabe in den nächsten zehn Jahren umzusetzen, oder würde das Ihr Unternehmen überfordern?“⁵

Das Unternehmen kann Vorgaben für Kreislaufwirtschaft in den nächsten zehn Jahren umsetzen



⁵ Mehrfachnennungen waren möglich

Große Unterstützung für Rechtsstaatlichkeitsmechanismus bei Corona-Hilfsmaßnahmen

Auf dem EU-Gipfel im Juli 2020 haben die Staats- und Regierungschefs einen Wiederaufbaufonds zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise beschlossen. Die geplanten Hilfsmaßnahmen für die Mitgliedstaaten sowie Zahlungen aus dem EU-Budget sollen an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Die befragten Unternehmen erachten die Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei der Konditionierung von Finanzhilfen für besonders wichtig (90%).

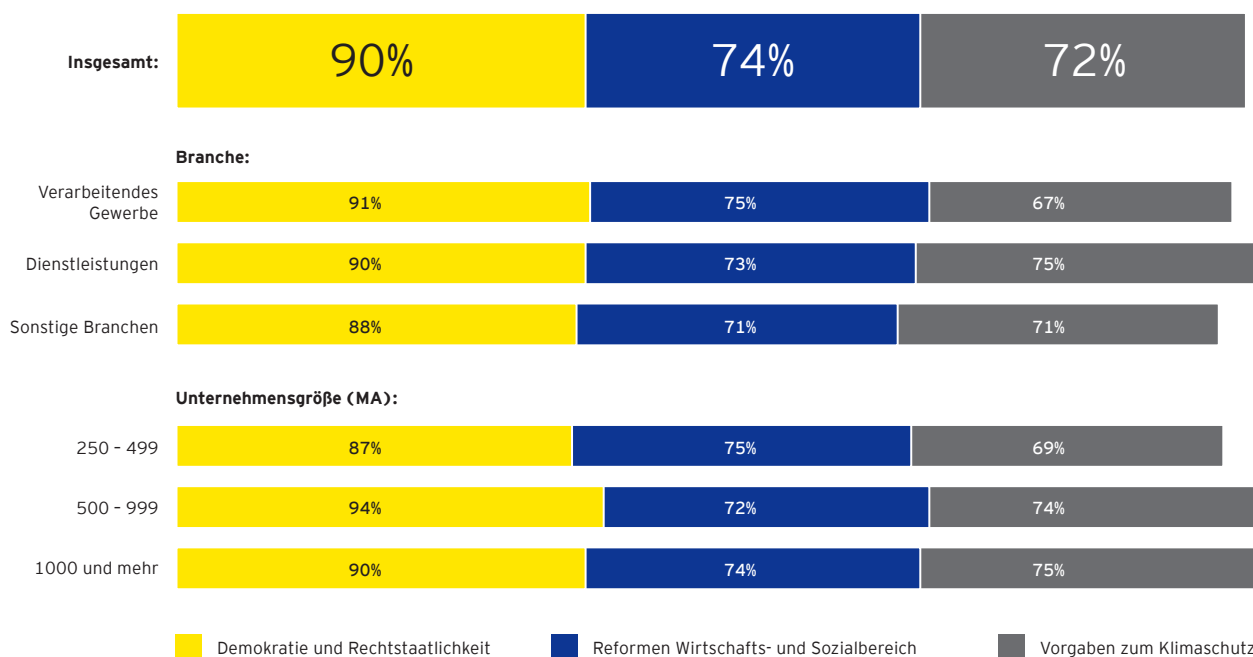
Der im September 2020 erstmals veröffentlichte EU-Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten weist teils gravierende Defizite einiger Mitgliedstaaten

bei Gewaltenteilung, Korruptionsbekämpfung, Medienvielfalt und Unabhängigkeit der Justiz auf. Die befragten deutschen Unternehmen scheinen, ebenso wie einige Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament, ein strikteres Vorgehen zu befürworten.

Jeweils rund drei Viertel der Befragten halten auch Reformen im Wirtschafts- und Sozialbereich (74%) bzw. die Umsetzung von Vorgaben zum Klimaschutz (72%) für besonders wichtige Bedingungen, damit Hilfsmaßnahmen an EU-Mitgliedstaaten fließen können.

Frage: „Die beim EU-Gipfel im Juli geplanten Hilfsmaßnahmen für die EU-Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise sollen an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Welche davon halten Sie für besonders wichtig?“⁶

- A) die Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- B) Reformen im Wirtschafts- und Sozialbereich;
- C) die Umsetzung von Vorgaben zum Klimaschutz



⁶ Offene Frage, Mehrfachnennungen waren möglich

Deutsche Unternehmen wollen ein starkes Europa als Vorreiter des globalen Klimaschutzes

Eine Erholung aus der Corona-bedingten Wirtschafts- und Gesundheitskrise sollte nachhaltig und unter Berücksichtigung der Pariser Klimaziele gestaltet werden. Der europäische „Green Deal“, aber auch der mehrjährige Finanzrahmen und der europäische Wiederaufbaufonds der EU sind die zentralen Werkzeuge der EU, um eine Schlüssel- und Vorreiterrolle einzunehmen.

Die Befragung der größten deutschen Unternehmen zeigt, dass die deutsche Wirtschaft die europäischen Klimaschutzinvestitionen und -maßnahmen unterstützt und sich mehr politische Aktivität wünscht, auch wenn der Anspruch der vollständigen Klimaneutralität Europas bis 2050 mehrheitlich als unrealistisch angesehen wird. Die nach Ende der Erhebung angekündigte Anpassung der Klimaziele durch die Europäische Kommission dürfte diese Einschätzung verstärken. Ungeachtet der Machbarkeitseinschätzung erwarten deutsche Unternehmen mehrheitlich Vorteile durch die Umstellung der Wirtschaft auf Klimaneutralität, ebenso werden für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die deutschen Exportchancen insgesamt Vorteile erwartet. Diese Vorteile und die grundsätzliche Unterstützung scheinen eng mit der Forderung und dem Bedarf nach politischer Unterstützung, etwa durch die Förderung erneuerbarer Energien oder durch Förderprogramme für den Produktionsumbau, verknüpft zu sein. Die Diskrepanz zwischen der Einschätzung der Machbarkeit eines klimaneutralen Europas und der allgemeinen Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen lässt vermuten, dass die Unternehmen klaren Nachholbedarf im politischen Planungsprozess sehen und sich mehr Unterstützung von Seiten der Politik wünschen.

Ebenso betonen die Unternehmen, dass sie sich entschlossenes politisches Engagement der EU wünschen, wenn es um die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie ein starkes Europa in der Welt geht – vor allem gegenüber den USA und China. Gegenüber China erwarten die Unternehmen durch die Umstellung der europäischen Wirtschaft auf Klimaneutralität stärkere Einbußen der Wettbewerbsfähigkeit als gegenüber den USA.

Die Unsicherheit vor der US-Präsidentenwahl im November 2020, die höchst unterschiedlichen (Klima-) Agenden beider Kandidaten sowie die Ankündigung Pekings, bis 2060 klimaneutral zu werden, könnten die Einschätzungen von Unternehmen in den kommenden Monaten verändern. Dazu könnte auch die Diskussion um die internationalen Reaktionen auf die in unserer Umfrage durch die Unternehmen befürwortete CO₂-Grenzsteuer beitragen.

Die Umfrage zeigt insgesamt deutlich, dass die größten deutschen Unternehmen die Europäische Union und deren Maßnahmen zum Klimaschutz grundsätzlich befürworten, dabei allerdings Unterstützung von der Politik in diesem umfassenden Transformationsprozess einfordern. Die schnelle Überwindung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesundheitskrise bleibt vorerst das oberste Ziel, verbunden mit der Chance, geschwächte Volkswirtschaften nachhaltig wiederaufzubauen, die langfristig erforderliche Modernisierung einzuleiten und die globalen Bestrebungen zur Klimaneutralität als starkes Europa anzuführen.

EY | Assurance | Tax | Strategy & Transactions | Consulting

Die globale EY-Organisation im Überblick

Die globale EY-Organisation ist einer der Marktführer in der Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Transaktionsberatung und Managementberatung. Mit unserer Erfahrung, unserem Wissen und unseren Leistungen stärken wir weltweit das Vertrauen in die Wirtschaft und die Finanzmärkte. Dafür sind wir bestens gerüstet: mit hervorragend ausgebildeten Mitarbeitern, starken Teams, exzellenten Leistungen und einem sprichwörtlichen Kundenservice. Unser Ziel ist es, Dinge voranzubringen und entscheidend besser zu machen – für unsere Mitarbeiter, unsere Mandanten und die Gesellschaft, in der wir leben. Dafür steht unser weltweiter Anspruch Building a better working world.

Die globale EY-Organisation besteht aus den Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG). Jedes EYG-Mitgliedsunternehmen ist rechtlich selbstständig und unabhängig und haftet nicht für das Handeln und Unterlassen der jeweils anderen Mitgliedsunternehmen. Ernst & Young Global Limited ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht und erbringt keine Leistungen für Mandanten. Informationen dazu, wie EY personenbezogene Daten erhebt und verwendet, sowie eine Beschreibung der Rechte, die Personen gemäß dem Datenschutzgesetz haben, sind über ey.com/privacy verfügbar. Weitere Informationen zu unserer Organisation finden Sie unter ey.com

In Deutschland ist EY an 20 Standorten präsent. „EY“ und „wir“ beziehen sich in dieser Publikation auf alle deutschen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited.

©2020 Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
All Rights Reserved.

Diese Publikation ist lediglich als allgemeine, unverbindliche Information gedacht und kann daher nicht als Ersatz für eine detaillierte Recherche oder eine fachkundige Beratung oder Auskunft dienen. Obwohl sie mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurde, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität; insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalls Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt damit in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung seitens der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und/oder anderer Mitgliedsunternehmen der globalen EY-Organisation wird ausgeschlossen. Bei jedem spezifischen Anliegen sollte ein geeigneter Berater zurate gezogen werden.

ey.com/de

DGAP im Überblick

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu den aktuellen Themen und Trends der deutschen Außenpolitik. Als unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Experten- und Mitgliederorganisation prägt sie seit 65 Jahren die außenpolitische Debatte in Deutschland und trägt zur internationalen Vermittlung deutscher Politik bei. Sie bietet ihre Expertise in Publikationen, Berliner und regionalen Veranstaltungen sowie im direkten Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft an.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite www.dgap.org

Das Wuppertal Institut im Überblick

Das Wuppertal Institut versteht sich als führender internationaler Think Tank für eine impact- und anwendungsorientierte Nachhaltigkeitsforschung. Im Fokus der Arbeiten steht die Gestaltung von Transformationsprozessen hin zu einer klimagerechten und ressourcenleichten Welt. Übergeordnetes Ziel der Institutsarbeit ist es, einen Beitrag zur Einhaltung der planetaren Grenzen zu leisten. Dieses Ziel konkretisiert sich im Leitbild einer „treibhausgasneutralen ressourcenleichten Gesellschaft“ bis zum Jahr 2050.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite www.wupperinst.org